

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Horst Ehmke MdB, Mitglied
der Wahlkampfmannschaft
von SPD-Kanzlerkandidat
Hans-Jochen Vogel, stellt
fest, daß Innenminister
Zimmermann die Bundesre-
gierung unglaubwürdig
macht: Spiel mit dem
Feuer. Seite 1

Karsten D. Voigt MdB be-
grüßt die Studie der Union
of Concerned Scientists:
Das nukleare Risiko ver-
ringern. Seite 2

Klaus Hänsch MdEP kriti-
siert die Gespräche Cen-
schers mit dem türkischen
Außenminister: Freiheit
braucht Mut. Seite 3

Rudolf Hartung beschreibt
den Wahlkampf des Dr. G.:
Bonn ist nicht Weimar.
Seite 5

Lieselott Blunck MdB be-
richtet von Übereinstim-
mungen der SPD mit den
Naturschützern: Das Watten-
meer schützen.
Seite 7

38. Jahrgang / 22

1. Februar 1983

Spiel mit dem Feuer

Zimmermann macht die Bundesregierung unglaubwürdig

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB
Mitglied der Wahlmannschaft von SPD-Kanzlerkandidat Hans-
Jochen Vogel

Die Äußerungen des Innenministers zur deutschen Frage sind dazu geeignet, in Osteuropa Revanchismus-Vorwürfe wieder aufleben zu lassen. Schlechterdings geschmacklos und provozierend zugleich ist es, daß diese Äußerungen genau am Vorabend des 50. Jahrestages der nationalsozialistischen Macht ergreifung gefallen sind. Dieser Zusammenhang muß in Polen und anderswo zu Recht Empörung auslösen. Das Kontinuitätsversprechen der Rechtskoalition ist blanke Wählertäuschung. Die Unionsparteien greifen in Wirklichkeit auf die Kontinuität der 50er Jahre zurück. Sie beschwören auch als Regierung "Reichsteile außerhalb der Grenzen vom 31. Dezember 1937", so wie es in einem deutschlandpolitischen Papier der CSU-Landesgruppe vom Februar 1978 zu lesen steht. Eine solche Politik steht nicht nur im Gegensatz zur Entspannungspolitik. Sie belastet auf verhängnisvolle Weise die Zukunft unserer Beziehungen zu unseren osteuropäischen Nachbarn, vor allem in Polen und der DDR, und macht diese Bundesregierung unglaubwürdig.

Die ebenso scheinheilige wie fadenscheinige Erläuterung des Regierungssprechers, die Äußerungen des Innenministers beruhten auf dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts sowie auf der gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972, kann den von Zimmermann angerichteten politischen Schaden weder begrenzen noch wiedergutmachen. Die Rechtslage, von der auch diese Bundesregierung ausgehen muß, ist klar:

Auf dem Gebiet des deutschen Reiches stehen sich heute zwei selbständige, in gegensätzliche Bündnissysteme integrierte Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gegenüber. Sie können weder gegeneinander noch gegenüber Nachbarstaaten im Osten oder im Westen territoriale Ansprüche erheben. Dabei muß es bleiben. Wenn Herr Zimmermann etwas anderes will, spielt er mit dem Feuer. (-/1.2.1983/ks/ca)

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godeberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

+ + +

Druckerei: Druckerei
an der Godeberger Allee
5300 Bonn 2



Das unklare Risiko verringern

UCS-Studie gibt wichtige Hinweise

Von Karsten D. Voigt MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Studie der Union of Concerned Scientists über einen möglichen Verzicht der Vereinigten Staaten auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen ist ein wichtiger Beitrag zur gegenwärtigen Strategiedebatte im Bündnis. Beratungen darüber, ob sich die Vereinigten Staaten gemeinsam mit ihren Verbündeten den Vorschlag der Union of Concerned Scientists in der vorliegenden oder in modifizierter Form offiziell zueigen machen können, sollten alsbald aufgenommen werden. Die Studie weist im Zusammenhang mit einem möglichen Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen auf die Notwendigkeit einer ausreichenden konventionellen Kampfkraft der NATO hin. Ihre Absicht ist, die Abhängigkeit unserer Verteidigung von Nuklearwaffen zu verringern. Diese Absicht entspricht sozialdemokratischen Zielvorstellungen.

Als Voraussetzung für eine entsprechende Verzichtserklärung der NATO im nuklearen Bereich hält sie Verstärkungsmaßnahmen im konventionellen Bereich im Rahmen des Drei-Prozent-Ziels für ausreichend, wenn die NATO sich auf die wichtigsten Programme konzentrieren würde. In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation sind einer Erhöhung der Verteidigungsmaßnahmen in allen NATO-Ländern enge Grenzen gesetzt. Das gilt in zunehmendem Maße auch für die Vereinigten Staaten, wo allerdings nicht gewährleistet ist, daß sich mit wachsenden Verteidigungsausgaben gleichzeitig auch das nukleare Risiko verringert. Eine solche Politik trägt dazu bei, die Glaubwürdigkeit unserer Verteidigungspolitik zu erschüttern.

Nuklearwaffen sind politische Waffen. Sie dienen der Abschreckung. Eine Bündnispolitik und -strategie, die auf eine Verringerung des nuklearen Risikos abzielt, würde nicht nur in stärkerem Maße von den Menschen akzeptiert; sie würde auch in unserem Interesse liegen. Der Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen wäre nicht gleichbedeutend mit einer Abschaffung von Nuklearwaffen überhaupt. Er würde jedoch das Nuklearrisiko verringern. Dies gilt insbesondere dann, wenn die konventionellen Kriegsrisiken nicht gleichzeitig erhöht werden.

Die Bundesrepublik muß daran interessiert sein, daß es zu Vereinbarungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten kommt, die zur Verringerung des nuklearen Risikos führen. Ein möglicher wechselseitiger Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen sollte deshalb zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht werden. Darüber hinaus sollte die Bundesregierung die Studie der Union of Concerned Scientists zum Anlaß nehmen, eine Überprüfung möglicherweise revisionsbedürftiger Elemente der geltenden NATO-Strategie der flexible response einzuleiten. (-/1.2.1983/ks/ca)

+ + +



Freiheit braucht Mut

Der deutsche Außenminister und sein türkischer Kollege

Von Klaus Hänsch MdEP

Obmann der Sozialistischen Fraktion im Politischen Ausschuß des Europäischen Parlaments

Bundesaußenminister Genscher sei mit aller Deutlichkeit gewarnt: Er kann nicht am demokratischen Europa vorbei Geschäfte mit den türkischen Machthabern machen und sich in die weltweite Desinformationskampagne der Diktatur am Bosphorus auf Kosten des deutschen Ansehens in der demokratischen Welt einbeziehen lassen.

Im deutschen Fernsehen läßt der Bundesaußenminister verkünden, er habe sich bei seinem türkischen Amtskollegen für eine rasche Wiederherstellung der Demokratie im Land des NATO-Partners eingesetzt. Aber sein Gast zeigt nicht viel Wirkung. Immerhin lobt er jedoch den Bundesaußenminister: Die fast zweijährigen regelmäßigen Konsultationen mit dem amtierenden EG-Ratspräsidenten seien sehr nützlich gewesen - so vor der Bundespressekonferenz in Bonn. Nützlich? Für wen?

Türken will die Öffentlichkeit für dumm verkaufen. Der Bundesaußenminister und EG-Ratspräsident, der der Türkei gerne die 1,4 Milliarden DM des Vierten EG-Finanzprotokolls zuschanzen will, stellt sich den Lügen gegenüber taub, anstatt - Freiheit braucht Mut (FDP-Wahlslogan) - den Verdrehungen entgegenzutreten.

Der türkische Außenminister erzählt vor der internationalen Presse in Bonn, die türkische Militärdiktatur sei keine Diktatur, sondern eine Übergangsregierung. Das will man hoffen, und kann es auch glauben, weil sich bisher kein menschenverachtendes Regime auf Dauer gehalten hat.

Der türkische Außenminister findet für die Unterdrückung der Pressefreiheit keine Differenzierungen: Die Zeitung "Cumhuriyet" sei nicht verboten, sondern "ausgesetzt", weil die Militärregierung das "Recht" habe, solche Maßnahmen zu ergreifen, wenn die Berichterstattung die Sicherheit des Landes gefährde. Im übrigen gebe es keine Versuche, die Pressefreiheit zu unterdrücken und wenn es geschehe, sei das die Ausnahme und nicht die Regel. Und mit dieser Pressefreiheit könne die Militärregierung sehr gut leben.



Der türkische Außenminister erweist auch so ganz nebenbei dem Deutschen Bundestag seine "Reverenz", indem er erklärt, daß er dessen Türkei-Beschluß vom 5. Juni 1981 nicht im Einzelnen kenne. (Und das nach "erfolgreichen Konsultationen" mit Herrn Genscher.) Wobei er auf Befragen noch hinzufügt, Genscher habe ihm natürlich darüber berichtet, aber die Türkei habe ihren eigenen Zeitplan und ihr eigenes Programm. Sie richte sich als souveräne Regierung nicht nach dem Zeitplan des Deutschen Bundestages.

Und zur Folterungen verweist Türkmén biederemännlich darauf, daß diese bei Strafe verboten seien. Und den Minderheiten in der Türkei gehe es "besser" als vielen anderen Minderheiten in Europa. An solche Sprüche erinnern wir uns in Deutschland in diesen Tagen aus historischem Anlaß sattsam.

Es ist zu merkwürdig: Die demokratischen Gremien Westeuropas scheinen, glaubt man Herrn Türkmén, einem Phantom aufgesessen zu sein. Dabei ist die Blutspur des Regimes doch unübersehbar!

Bundesaußenminister Genscher sei also gewarnt:

- Nachdem er die Wende in Deutschland bereits vollzogen hat, darf er sich nicht einbilden, diese nun auch mit der Europäischen Gemeinschaft vollziehen zu können. Das Vierte Finanzprotokoll mit seinen 1,4 Milliarden DM muß so lange gesperrt bleiben, bis die Türkei wirklich zur Demokratie zurückgefunden hat.
- Der Assoziierungsrat EC-Türkei darf nicht dadurch aufgewertet werden, daß er auf Ministerebene einberufen wird. Auch Botschafter können die Fragen der Zölle, des Stahls und der Textilien behandeln.
- Der Bundesaußenminister darf die Entwicklung in der Türkei nicht loben, denn er gefährdet konkret Menschenleben. In der Bundesrepublik sind zahlreiche Asylverfahren verfolgter türkischer Christen und Kurden anhängig. Das Verhalten des Bundesaußenministers und EG-Ratspräsidenten könnte die Verfahren negativ beeinflussen, indem die zuständigen Stellen mit Berufung auf Genschers "allerhöchstes Urteil" die Verfolgungen in der Türkei bestreiten. Die Auslieferung der Verfolgten an ihre Häsher in der Türkei wäre dann die Folge.

(-/1.2.1983/ks/ca)

+ + +



Bonn ist nicht Weimar

Der Wahlkampf des Dr. G.

Von Rudolf Hartung

Bundessekretär der Jungsozialisten

Dr. G. ist der Wahlkampfleiter seiner Partei. Nach mehr als 13 Jahren ist man Regierungspartei. Die Wahlen Anfang März sind in wenigen Wochen.

Für Dr. G. gibt es nur noch ein Ziel - die absolute Mehrheit für die Regierungsparteien: "Jetzt geht's aufs Ganze; und wir dürfen keine Rücksicht mehr kennen."

Für Dr. G. ist die Sache klar: Hauptgegner sind die Sozialdemokraten.

Er notiert: "Ich tobe mich in Plakaten und Leitartikeln gegen die Sozialdemokratie aus. Jetzt endlich, eben entronnen dem Druck, der auf uns in der Opposition lastete... kann man frisch vom Leder ziehen und braucht aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen."

Seit dem Regierungsantritt sind zwar erst Wochen vergangen, aber man räumt mit sehr viel Schneid und Zivilcourage auf, wie Dr. G. zufrieden feststellt.

Und weiter Dr. G. "Das ist auch nötig, um in diesem Saustall Ordnung zu schaffen. Die Roten haben uns eine Erbschaft hinterlassen, die jeder Beschreibung spottet. Wären wir nicht an die Macht gekommen, dann hätte alles in einer furchtbaren Katastrophe geendet."

Bonn ist nicht Weimar!

Dr. Heiner Geißler redet von "Erblast" nicht von "Erbschaft". Nicht Heiner Geißler hat von "Saustall" geredet, als er die demokratische Republik meinte. Es war der CSU-Vorsitzende Dr.h.c. Franz Josef Strauß.

Die Zitate sind nicht aus diesen Tagen, sondern aus dem Frühjahr 1933. Dr. Joseph Goebbels hielt sie in seinem Tagebuch "Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei" fest:



3. Februar 1983.

Der Rundfunk macht mir einige Sorgen. An allen entscheidenden Stellen sitzen noch immer die alten Systembojzen. Sie müssen möglichst schnell ausgedoziert werden, und zwar bis zum 5. März so weit, daß der Schluß unserer Wahlaktion nicht mehr gefährdet werden kann.

4. Februar 1983.

Jetzt geht's aufs Ganze, und wir dürfen keine Rücksicht mehr kennen.

11. Februar 1983.

Ich robe mich in Plätzen und Leitungen gegen die Sozialdemokratie aus. Jetzt endlich, eben entronnen dem Druck, der auf uns in der Opposition lastete, und noch nicht von einem Ministeramt gehemmt, kann man freich vom Leder ziehen und braucht aus seinem Herzen keine Niedergrube zu machen.

1. März 1983.

Ich bin eben dabei, das große Gebiet des Rundfunks in meine Hand zu nehmen. Es ist hier sehr viel an schlechtem Personal abzubauen; besonders in den Spitzen muß grundlegend reformiert werden. Endgültig werden wir dies entscheiden, wenn die Wahlen vorbei sind.

2. März 1983.

zum "Aufräumen" nach der Machtübernahme:
mit sehr viel Schneid und Zivilcourage. Das ist auch nötig, um in diesem Sauftall Ordnung zu schaffen. Die Koten haben uns eine Erbschaft hinterlassen, die jeder Beschreibung spottet. Wären wir nicht in die Macht gekommen, dann hätte alles in einer furchtbaren Katastrophe gendbet.

(-/1.2.1983/ks/ca)

+ + +



Das Wattenmeer schützen!

SPD und Naturschützer sind sich einig

Von Lieselott Blunck MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Schutz des Wattenmeeres der SPD-Bundestagsfraktion

Auf Einladung der Arbeitsgruppe Schutz des Wattenmeeres der SPD-Bundestagsfraktion trafen sich am 28. Januar Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktionen von Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit den Vertretern von elf Naturschutzverbänden, um gemeinsam Fragen der Erhaltung des Wattenmeeres zu diskutieren.

Die Verbände erläuterten insbesondere ihre Vorstellungen zu Fragen eines Nutz- und Schutzkonzeptes für das Wattenmeer, weiterer Industrialisierungsprojekte an der deutschen Nordseeküste, des Gewässerschutzes und der Eindeichungsvorhaben.

Bei diesem Gespräch zeigte sich sehr deutlich die Übereinstimmung die zwischen den Vertretern der SPD und den Naturschutzverbänden in wesentlichen Punkten herrschte.

Dies besonders in den folgenden Forderungen:

1. Es ist notwendig, schnellstmöglich ein Gesamtkonzept zum Schutz des Wattenmeeres zu erarbeiten. Dabei sind auch die Beschlüsse der sozialliberalen Bundesregierung vom 1. September 1982 für ein Schwerpunktprogramm Nordsee mit einzubeziehen. Auch die Möglichkeit des Einsetzens einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages sollte näher geprüft werden.
2. Küstenländer sollten ihre gemeinsame Raumordnungsplanung mit dem Ziel eines verstärkten Schutzes für das Wattenmeer und der Flußmündungsgebiete intensivieren.
3. Der Gedanke eines länderübergreifenden Nationalparks "Wattenmeer" sollte weiter entwickelt werden.
4. Neue Industrialisierungsprojekte sollten verschärften Umweltverträglichkeitsprüfungen unterworfen werden.
5. Auf Erdölbohrungen im Wattenmeer sollte, angesichts der zu erwartenden geringen Förderungen im Interesse der Erhaltungswürdigkeit dieses einzigartigen Gebietes, verzichtet werden.
6. Für die Überwachung der Nordsee gegen die zunehmende Ölverschmutzung sollte ein lückenloses Flugüberwachungssystem aufgebaut werden.
7. Auf der administrativen Ebene sollte an die Schaffung eines Bundesumweltministeriums mit entsprechender Kompetenzzuordnung gedacht werden.
8. Neueindeichungen, insbesondere die Vordeichung der Nordstrander Bucht, werden generell abgelehnt. Der Deichverstärkung bestehender Deichlinien wird ein eindeutiger Vorrang eingeräumt.

Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig in dem Bemühen möglichst schnell auf Schutzmaßnahmen zur Erhaltung des Wattenmeeres hinzuwirken.

Gleichzeitig kamen SPD-Politiker und Naturschutzverbände überein, dieses Gesprächsforum keine Eintagsfliege werden zu lassen, sondern in regelmäßigen Abständen zu einem Erfahrungs- und Meinungsaustausch zusammenzukommen. (-/1.2.1983/ks/oa)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

